

Peter Albers

Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft e.V.

„Menschen mit Krebs dürfen nicht den Anschluss an das soziale Leben verlieren.“



Der Nationale Krebsplan, der 2008 von der Deutschen Krebsgesellschaft gemeinsam mit der Deutschen Krebshilfe, der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren und dem Bundesministerium für Gesundheit 2008 initiiert wurde, liefert die Blaupause für die Versorgungsentwicklung in der Onkologie. Viele beneiden uns um dieses Programm. Denn die erarbeiteten Empfehlungen weisen eine große Versorgungsnähe auf – dank der gleichberechtigten Beteiligung von Wissenschaftlern, onkologisch tätigen Ärzten und Betroffenen am Dialog von Selbstverwaltung und Politik. Überdies enthält der NKP nicht nur gesundheitspolitische Umsetzungsempfehlungen wie z. B. den flächendeckenden Ausbau klinischer Krebsregister. Er zielt auch darauf ab, Wissenslücken durch Forschung zu schließen. So startete das Bundesministerium für Gesundheit 2011 den Förderschwerpunkt „Forschung im Nationalen Krebsplan“. Rund 5 Mio. Euro standen 2012 bis 2015 zur Verfügung; insgesamt 13 Projekte, hauptsächlich aus der Versorgungsforschung, wurden mit diesen Geldern unterstützt.

Grundsätzlich ist diese Entwicklung positiv zu bewerten: Forschung schafft

die Grundlage für die Entwicklung besserer Behandlungen und Versorgungsstrukturen. Die Fragestellungen der Forschungsprojekte müssen sich aber an den wechselnden Problemen im Versorgungsprozess krebserkrankter Patienten orientieren.

Was das heißt, wird deutlich, wenn man die zunehmende Zahl von Patienten betrachtet, die langfristig mit einer Krebserkrankung leben. Zum einen ist dieses Phänomen demographisch bedingt, zum anderen haben sich bei einzelnen Tumorentitäten mittlerweile effektive Therapien etabliert, die eine langfristige Kontrolle der Krebserkrankung erlauben. Leider sind wir auf die Probleme der Langzeitüberlebenden nur unzureichend eingestellt – unser Gesundheitswesen ist primär auf die qualitätsgesicherte Diagnostik und Akuttherapie von Krebserkrankungen ausgerichtet. Wir registrieren mehr und mehr Daten z. B. zur Langzeittoxizität und den Folgen der Chemotherapie und Radiotherapie, die sich häufig erst nach mehr als zehn Jahren bemerkbar machen. Aber wir haben nur wenige Daten darüber, wie die Patienten damit leben und welche Konsequenzen dies z. B. für ihre Erwerbstätigkeit hat.

In Deutschland leben mittlerweile geschätzte 1,5 Mio. Menschen mit Krebs. Fast die Hälfte aller Krebspatienten erkrankt im erwerbsfähigen Alter; über ein Drittel derer, die vor der Erkrankung gearbeitet haben, findet nicht mehr zurück ins Erwerbsleben. Und wer nach der Therapie als quasi geheilt an den alten Arbeitsplatz zurückkehrt, sieht sich mit hohen Erwartungen an seine Leistungsfähigkeit konfrontiert, die er nicht immer erfüllen kann. Hier ist vor allem eine gute Beratung gefragt. Ich würde mir

Servicestellen wünschen, die den Patienten nach der Entlassung aus dem Krankenhaus alle relevanten Informationen zur Bewältigung von Problemen im Alltag, Rehabilitation und finanziellen Fragen vermitteln. Überdies können geeignete Vorbeugungsmaßnahmen vielen medizinischen Spätfolgen einer Krebsbehandlung wirksam entgegensteuern. Leider sind Ärzte bislang zu wenig für diesen Aspekt der Krebsnachsorge sensibilisiert.

Wie sichern wir die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit einer Krebserkrankung? Im NKP ist die Schaffung niederschwelliger, zielgruppengerechter und qualitätsgesicherter Informationsangebote für alle Krebspatienten und ihre Angehörigen vorgesehen. Die ambulanten psychosozialen Krebsberatungsstellen der Landeskrebsgesellschaften leisten in diesem Zusammenhang hervorragende Arbeit. Doch viele sind spendenfinanziert. Damit sie dauerhaft, qualitativ hochwertig, unabhängig und flächendeckend beraten können, brauchen sie eine gesicherte Finanzierung. Und auch Arbeitgeber, Krankenkassen und Rentenversicherung sollten sich gemeinsam auf eine Erwerbs teilhabesicherung verständigen – damit Menschen nach einer Krebserkrankung nicht den Anschluss an das soziale Leben verlieren.

Ihr

Ihr Peter Albers

Präsident der Deutschen Krebsgesellschaft